



Presseschau vom 07.09.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

de.sputniknews.com: Kill Kim: USA trainieren Mordkommando für Nordkoreas Machthaber Südkorea: Die US-Eliteeinheit „Seals“, die 2011 den Terroristenchef Osama bin Laden getötet hat, soll nun ein Spezialkommando trainieren, das Nordkoreas Führung eliminieren soll. Dies bestätigte der Verteidigungsminister Song Young Moo laut „The Korea Herald“.

„Wir sind jetzt in der Phase der Konzipierung“, bestätigte Young-moo. „Ich glaube, wir können eine solche Einheit bilden und bis zum 1. Dezember operationsfähig machen.“

Ende Juni hatte die japanische Zeitung Asahi Shimbun unter Verweis auf ihre Quellen berichtet, die südkoreanische Ex-Staatspräsidentin Park Geun Hye und ihre Regierung haben während ihrer Amtszeit die Beseitigung des nordkoreanischen Staatschefs Kim Jong Un geplant. Es sollen verschiedene Optionen zur Beseitigung von Kim Jong Un behandelt worden sein, darunter auch Kims Rücktritt, sein politisches Exil und sogar ein Mordanschlag. Im Mai hatte Nordkorea den USA und Südkorea vorgeworfen, einen Anschlag mit biochemischen Substanzen auf den nordkoreanischen Staatschef Kim Jong-un zu planen.

de.sputniknews.com: Französische Journalistin reist in den Donbass – und bleibt dort für immer

Nach Jahren von pro-Kiewer Propaganda durch die Mainstream-Medien hat sich die französische Journalistin, Christelle Neant, dafür entschieden, die Situation mit eigenen Augen zu sehen, und fuhr in den Donbass. Nun hat sie sich dort niedergelassen – und versucht der französischen Öffentlichkeit die Wahrheit über den Konflikt zu zeigen.

Den Mainstreammedien blind glauben? Oder zum Ort des Geschehens fahren und alles mit eigenen Augen betrachten? Christelle Neant hat sich für die zweite Variante entschieden. „Ich habe das getan, um all das zu widerlegen, was in der Mehrheit der Leitmedien, auch der französischen, geschrieben wird. Sie veröffentlichen viele Dummheiten und Unwahrheiten über diesen Konflikt. Mein Ziel war es, die wahre Situation vor Ort aufzuzeigen“, erklärte die Journalistin der russischen Nachrichtenagentur RIA Nowosti.

Und so beschloss Neant, die Menschen im Donbass zu sehen, die „die Kiewer Führung als Terroristen bezeichnet, nur weil sie sich geweigert haben, den Regierungssturz auf dem Maidan anzuerkennen“.

Neant ist nun seit 2016 im Donbass und bestätigt, dass trotz der Minsker Vereinbarungen die „ukrainische Armee und in noch größerem Maße die Verbände der Ultranationalisten, oder besser gesagt Neonazis, den Waffenstillstand nicht einhalten“ – im Gegensatz zu all den Bemühungen der selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk (DVR und LVR). „Die Befehlshaber der Armeen der DVR und LVR bestrafen (ihre Soldaten – Anm.d.Red.) extrem hart für ungerechtfertigte Verstöße gegen die Waffenruhe, weil die Regierungen beider „Volksrepubliken“ an einer friedlichen Lösung des Konfliktes interessiert sind und die Soldaten daher die Waffenruhe auch streng einhalten“, unterstreicht Christelle Neant. Außerdem versuche Kiew ständig „durch verstärkten Artilleriebeschuss am Vortag oder am Tag von Verhandlungen“ die Sitzungen der Minsker Kontaktgruppe in die Länge zu ziehen oder platzen zu lassen, um danach sich medienwirksam zu beklagen, dass die Feuerpause nicht eingehalten werde, so die Journalistin.

Mehr noch, alle Initiativen der ukrainischen Führung in der letzten Zeit deuten darauf hin, dass Kiew „alle Vereinbarungen brechen und stattdessen wieder die Kontrolle über den Donbass mit Waffengewalt erlangen will, während sich die zivile Bevölkerung einstimmig die friedliche Beilegung des Konfliktes wünscht“, so Neant weiter.

Dieser Wunsch der ukrainischen Führung, den Donbass mit Waffengewalt zu erobern, könnte durchaus von den USA direkt unterstützt werden, falls sie Kiew letale Waffen liefern werden. „Sobald die USA die Lieferung letaler Waffen an die Ukraine aufnehmen, wird sie eine Offensive im Donbass starten – voller Gewissheit der Unterstützung seitens Washingtons“, warnt die Französin.

Die Sanktionen gegen Russland wegen des Konfliktes im Osten der Ukraine sind laut der französischen Journalistin ebenfalls an Unsinn nicht zu überbieten, weil Moskau „die Ukraine nicht erobert“ und „den Donbass nicht okkupiert hat“.

„Ich bin hier nun bereits seit 18 Monaten und habe keinen einzigen russischen Truppenverband, kein einziges Anzeichen einer russischen militärischen Infrastruktur gesehen“, sagt Neant.

„Russland kann nicht etwas ‚zurückgeben‘, was es nicht erobert hatte.“

Zudem sei das Verhalten des Westens sowie explizit der Bundeskanzlerin Angela Merkel völkerrechtswidrig, weil es das UN-Postulat des „Selbstbestimmungsrechts der Völker“ verletze. Daher seien auch jegliche Sanktionen für einen angeblichen Angriff auf die Ukraine rechtswidrig und illegitim.

„Russland wird für etwas bestraft, was es nicht getan hat“, betont Neant.

Die Position des Westens sei allerdings der Bevölkerung im Donbass relativ egal. Eine überwältigende Mehrheit der Menschen habe keinen Wunsch, ein Teil der Ukraine zu sein – wie auch, wenn das Kiewer Regime die eigene Bevölkerung bombardiere und durch Strom- und Wirtschaftsblockaden zermürben wolle.

„Ein Soldat der DVR hat mir an der Front einmal gesagt: ‚Ich werde niemals mehr unter der Flagge der Ukraine leben können – eines Landes, das täglich versucht, mich umzubringen‘“, erinnert sich die Französin.

Und so hat sie sich für ein Leben in der selbsternannten Republik entschieden. Seit September 2016 hat sie bereits die „Staatsbürgerschaft und den Pass der DVR“ und sie wolle dort bleiben

– vor allem nach dem Krieg.

„Ich habe hier Menschen mit sehr offenen Herzen getroffen, die für ihre Ideale kämpfen, genau wie ich dies tue, und sie sind zu meiner zweiten Familie geworden“, schließt Christelle Neant ab.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31733/72/317337295.jpg>

vormittags:

de.sputniknews.com: **Kiewer Parlament: Keine russische Sprache in ukrainischen Schulen ab 2020**

Die Werchowna Rada (ukrainisches Parlament) hat einen Gesetzentwurf angenommen, mit dem radikale Veränderungen im Bildungssystem der Ukraine erfolgen sollen. Das neue Gesetz führt tatsächlich das Verbot der Bildung in jeder Sprache außer Ukrainisch ein. Präsident Petro Poroschenko hat den neuen Gesetzentwurf unterstützt.

Laut der neuen Bildungsreform sollen ab 1. September 2018 alle russischsprachigen, polnischen und anderen „fremdsprachigen“ Schulen in der Ukraine geschlossen werden. Die Klassen mit Unterricht in den Sprachen der nationalen Minderheiten bleiben nur bis 2020 in der Grundschule. Ab 2020 soll in allen Schulen nur in ukrainischer Sprache unterrichtet werden.

Dabei werden die Rechte der nationalen Minderheiten begrenzt, zu denen neben den Russen auch Ungarn, Rumänen, Bulgaren, Polen und andere Völker zählen. Wenn sie früher, je nach Region, in der mittlere Schule in ihrer Muttersprache unterrichtet werden konnten, bleibt ihnen nun nur die Grundschule.

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko sagte, er sei froh über die neue Bildungsreform. Der Gesetzentwurf wurde jedoch von der Opposition und von vielen Ukrainern stark kritisiert. Sie weisen auf die Verletzung der Rechte der Minderheiten und die Erhöhung der Ausbildungsdauer hin, was im Ergebnis zu Erwachsenen mit einem niedrigeren Bildungsgrad und mit geringeren Aussichten auf Erfolg im Leben führen könne.

Timer-odessa.org: In Cherson werden die Direktoren russischer Schulen entlassen, die sich

der Ukrainisierung verweigern

Der Bürgermeister von Cherson Wladimir Mikolajenko versprach auf der Sitzung des Exekutivkomitees des Stadtrats, diejenigen Direktoren der drei Schulen der Stadt zu entlassen, die sich seinen Worten nach weigern, auf die ukrainische Unterrichtssprache überzugehen.

Der auf der Sitzung anwesende Leiter der Abteilung Bildung der regionalen Oblastverwaltung Jewgenij Krinitzky informierte darüber, dass es um die Direktoren der Schule Nr. 30 (Oxana Barnasch), Nr. 45 (Jelena Schabajewa) und Nr. 50 (Russlan Winnik) gehe.

Nach Krinitzkys Worten weigern sie sich kategorisch, den Unterricht auf die ukrainische Sprache umzustellen.

Seine Position wurde vom Mitglied des Exekutivkomitees Professor Iwan Lopuschinsky unterstützt, der vorschlug, auf der nächsten Sitzung nicht nur die Verträge mit den Direktoren aufzuheben, sondern auch mit dem Leiter der Bildungsbehörde der Stadt Juri Nikonow.

Dnr-news.com: Die DVR appellierte an die Niederlande, die sterblichen Überreste der wahrscheinlichen Opfer des Boeingabsturzes entgegenzunehmen

Die DVR übergab der Generalstaatsanwaltschaft des Königreichs Niederlande einen offiziellen Appell mit einem Aufruf, der die Bereitschaft zur offiziellen Übergabe der sterblichen Überreste der am Ort des Boeing-777-Absturzes bei Tores signalisiert. Dies berichtete heute das Pressezentrum der Generalstaatsanwaltschaft der Republik.

„Angesichts der fehlenden Möglichkeiten eines Schriftwechsels mit der Generalstaatsanwaltschaft der Niederlande hat sich die Generalstaatsanwaltschaft der Donezker Volksrepublik an die niederländischen Botschafter in Russland, Deutschland, Frankreich und der Ukraine gewandt mit der Bitte, einen offiziellen Antrag an Herrn F. Vesterbek bezüglich einer Überführung der sterblichen Überreste, die an der Absturzstelle der malaysischen Boeing am 12. Juli 2014 gefunden worden waren, zu übermitteln“, hieß es im Pressedienst.

Der Appell drückt die Bereitschaft aus, der niederländischen Seite offiziell die Überreste zur weiteren Ermittlung und Identifizierung zu übergeben.

„Die Generalstaatsanwaltschaft der DVR ruft die niederländische Seite auf, offizielle Vertreter der Gemeinsamen Ermittlergruppe zu schicken und offiziell die vorhandenen Fragmente entgegenzunehmen“, wurde in der Behörde betont.

de.sputniknews.com: US-Besetzung diplomatischer Objekte: Russland sieht keine Gründe für Rechtfertigung

Die empörenden Handlungen bei der Besetzung russischer diplomatischer Einrichtungen in den USA lassen sich laut der Amtssprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, auf keinen Fall entschuldigen.

Das Ministerium habe die „unangebrachten Versuche“ von US-Vertretern, die „rücksichtslosen Handlungen“ vom 2. September zur Besetzung russischen diplomatischen Eigentums zu rechtfertigen, aufmerksam verfolgt.

„Es gibt jedoch keine Entschuldigung für solche empörenden Aktionen, und es kann auch keine geben“, so die Sprecherin.

Was das US-Außenministerium als „Besichtigungen“ oder „Inspektionen“ bezeichnet, sei in der Tat ein illegales Eindringen in russische diplomatische Räumlichkeiten gewesen, und es seien tatsächlich „Durchsuchungen vom Keller bis zum Dachboden“ vorgenommen worden. „Schubladen von Schreibtischen und eingebaute Schränke sind sorgfältig geprüft worden. FBI-Agenten haben in alle Ecken gesehen, alle Zimmerdecken aufgebrochen“, sagte Sacharowa weiter.

Im russischen Generalkonsulat in San Francisco führen die Amerikaner ihr zuzufolge „ungewisse Arbeiten, sägen und hobeln etwas“ und allem Anschein nach „beschädigen sie

dabei ernsthaft die historischen Innenräume“. Agenten der US-Sicherheitsdienste „bummeln auf dem Dach“. „Anders gesagt, sie benehmen sich wie Okkupanten“, schloss die Beamtin. Sie wies darauf hin, dass die Gebäude, die sich in Russlands Besitz befinden, nicht „versiegelt, sondern besetzt“ worden seien.

Die US-Geheimdienste hatten am Samstag trotz Moskauer Protesten das russische Generalkonsulat in San Francisco sowie die Handelsvertretungen in Washington und New York durchsucht.

Nach russischen Angaben waren an den völkerrechtswidrigen Aktionen FBI-Agenten beteiligt. Mehrere Türen seien aufgebrochen worden. Die US-Seite bestritt das. Zwei Tage vor der Durchsuchung hatte die US-Regierung Russland angewiesen, die diplomatischen Einrichtungen zu räumen.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **sechsmal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Frunse, Kalinowo, Krasnyj Jar, Logwinowo und Shelobok**.

Geschossen wurde mit Granatwerfern und Schusswaffen.

de.sputniknews.com: Keine Einladung Trumps an Putin zur Sitzung über UN-Reform
Der russische Präsident Wladimir Putin hat von seinem US-amerikanischen Amtskollegen Donald Trump keine Einladung zu einer Sitzung zu Fragen der UN-Reformierung erhalten. Das sagte der Berater des russischen Staatschefs, Juri Uschakow, am Rande des Östlichen Wirtschaftsforums in Wladiwostok.

Auf die Frage, ob Putin eine entsprechende Einladung von Trump bekommen habe, sagte Uschakow: "Keine, soviel ich weiß."

Die Sitzung findet vor der UN-Generalversammlung statt, die am 19. September eröffnet werden soll.

Dan-news.info „In **Sajzewo** in der Astangow-Straße 14 wurde in der letzten Nacht ein Wohnhaus beschädigt. Dies wurde heute bekannt. Dort gab es einen Treffer in den Hof, das Haus wurde durch Splitter beschädigt“, teilte der Bürgermeister von Gorlowka Iwan Prichodko mit.

de.sputniknews.com: **Kiew zu Gabriel-Vorschlag: „Wie das Appeasement gegenüber Hitlerdeutschland“**

Die Regierung in Kiew hat Bundesaußenminister Siegmund Gabriel für seine Äußerung zugunsten der Lockerung von Sanktionen gegen Russland scharf angegriffen. Das berichtet die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ).

Es sei „nicht das erste Mal“, dass Gabriel solche „verantwortungslosen“ Ideen vortrage, sagte der außenpolitische Chefberater des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko, Kostjantin Jelisejew, der Zeitung. Sein neuester Vorschlag erinnere an das Appeasement zugunsten Hitler-Deutschlands im Jahr 1938.

Der ukrainische Botschafter in Berlin sei angewiesen worden, beim Auswärtigen Amt vorstellig zu werden. Kiew danke aber zugleich Bundeskanzlerin Angela Merkel, die immer „standhaft“ für die territoriale Integrität der Ukraine eingetreten sei.

Der ukrainische Außenminister, Pawlo Klimkin, sagte der FAZ seinerseits: „Solche Signale sind sehr schädlich. Daher können die jüngsten Äußerungen nur als Geschäker mit dem Kreml betrachtet werden.“ Der Politiker fordert, die geschlossene Haltung der internationalen Gemeinschaft zu erhalten, bis der letzte russische Soldat das ukrainische Territorium verlasse. Gabriel hatte am Dienstag bei einem Auftritt in Mecklenburg-Vorpommern nicht

ausgeschlossen, dass im Rahmen der möglichen Entsendung von UN-Friedenstruppen in den Donbass auch die Sanktionen gegen Russland fallen könnten. Zuvor hatte der Außenminister die Initiative des russischen Präsidenten Wladimir Putin zur möglichen Entsendung von UN-Friedenstruppen in den Donbass begrüßt. Er unterstrich, man müsse diese Chance nutzen, um einen dauerhaften Waffenstillstand zu erreichen.

„Das Minsker Friedensabkommen über die Ukraine wird noch lange dauern“, sagte Gabriel in Anklam. „Es macht keinen Sinn zu warten, erst wenn das abgeschlossen ist, heben wir die Sanktionen auf. Lass uns wenigstens einen Waffenstillstand durchsetzen und die schweren Waffen abziehen, dann als Belohnung dafür die Sanktionen aufheben und in der Ostukraine beim Wiederaufbau helfen.“

Zuvor hatte Putin am Rande des Gipfels der BRICS-Staaten im chinesischen Xiamen erklärt, seine Regierung bereite eine Resolution für den UN-Sicherheitsrat vor, um den Einsatz einer UN-Friedensmission im Donbass zu ermöglichen. Die Blauhelme sollen demnach die Sicherheit der OSZE an der Kontaktlinie zwischen der ukrainischen Armee und den Volkswehren der selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk in der Ost-Ukraine gewährleisten. Der Vorschlag stieß in der Ukraine jedoch auf Ablehnung.

Ukrinform.ua: Poroschenko warnt vor russischem Angriffskrieg „von kontinentalem Ausmaß“ Die Ukraine sieht kein Anzeichen für die Bereitschaft Russlands, aus dem Donbass und der Krim zurückzuziehen. Es gibt aber immer mehr Beweise für die Vorbereitung eines großen Krieges.

Das erklärte der Staatschef in seiner Rede zur Lage des Landes vor dem Parlament am Donnerstag, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform.

Poroschenko sagte: „Es gibt kein Anzeichen für die Bereitschaft Moskaus, aus dem Donbass und der Krim zurückzuziehen. Es gibt aber immer mehr Beweise seiner Vorbereitung auf einen Angriffskrieg von kontinentalem Ausmaß. Das russisch-weißrussische Militärmanöver „Zapad- 2017“ ein Beispiel dafür. Obwohl der Name „Anti-Westen“ besser wäre.“ Die Ukraine habe deswegen die Kontrolle über alle Abschnitte der Staatsgrenze verschärft. Nach Worten von Poroschenko können unter dem Vorwand der „strategischen Kommandostabsübung“ neue russische Truppengruppierungen zur Invasion in die Ukraine gebildet werden. „Sieben Tausend Waggons mit Soldaten und Technik haben sich genähert oder nähern sich unserer Grenze.... Und keine Garantien, dass alles nach dem Ende des Manövers aus Weißrussland nach Russland zurückkehren wird“, sagte der Staatschef. In diesem Zusammenhang erinnerte Poroschenko daran, dass Russland 2014 eine Truppengruppierung für die Einnahme der Krim aufgestellt habe, unter dem Vorwand, die Sicherheit der Olympischen Spiele in Sotschi zu gewährleisten. In der zweiten Julihälfte 2008, als das Manöver Kaukasus „2008“ stattfand, hätten die am Manöver beteiligten russischen Truppen Georgien angegriffen, anstatt in ihre Stützpunkte zurückzukehren. Das Manöver „Zapad- 2017“ sei aber viel größer.

de.sputniknews.com: **„Ja, aber“ der USA zu Putins Idee über UN-Blauhelme in Ukraine**

Die USA haben die Idee des russischen Präsidenten Wladimir Putin über eine Friedensmission der Vereinten Nationen in der Ost-Ukraine „vorsichtig begrüßt“ – mit Vorbehalt. Das hat die Sprecherin des US-Außenministeriums (State Department), Heather Nauert, am Donnerstag erklärt.

Die Idee „sei es wert, sich mit ihr vertraut zu machen“, um die Ukrainer zu schützen und die Souveränität des Landes wiederherzustellen, so Nauert.

Die USA wollten jedoch eine größere Mission als diejenige, die Putin vorgeschlagen habe. Aus Sicht Washingtons sollten UN-Blauhelmsoldaten auf dem ganzen Territorium der selbsterklärten Republiken Donezk und Lugansk bis hin zur russischen Grenze stationiert

werden, nicht nur entlang der Trennlinie...

de.sputniknews.com: Asiatische Investoren ignorieren neue US-Sanktionen gegen Russland
Die neuen US-Sanktionen gegen Russland haben laut dem russischen Energieminister Alexander Nowak keinen Einfluss auf das Interesse asiatischer Investoren ausgeübt. Dies berichtet das Online-Portal „Rambler News Service“.

„Ich sehe großes Interesse seitens der Länder des asiatisch-pazifischen Raums“, sagte Nowak am Donnerstag am Rande des 3. Östlichen Wirtschaftsforums in Wladiwostok. „Ich sehe von ihrer Seite keine Fragen oder Hinweise darauf, dass die Sanktionen auf irgendeine Weise das Interesse mindern würden.“

Zuvor hatte der russische Wirtschaftsminister Maxim Oreschkin gesagt, dass die neuen Sanktionen seitens der USA den Unternehmen aus der EU zusätzliche Möglichkeiten eröffnen würden, die Zusammenarbeit mit Russland zu entwickeln.

Am 2. August hatte US-Präsident Donald Trump ein Gesetz mit Sanktionen gegen Russland unterzeichnet, das die Strafmaßnahmen gegen russische Banken erweitert und sich zudem gegen alle Unternehmen richtet, die sich an der Instandsetzung, der Modernisierung oder dem Ausbau russischer Exportpipelines beteiligen.

Dan-news.info/dnr-online.ru: Feiern zum Jahrestag der Befreiung des Donbass in Saur-Mogila (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Einige tausend Menschen haben sich heute am Vortag des 74. Jahrestags der Befreiung des Donbass von den faschistischen deutschen Besatzern an dem durch die militärische Aggression der Ukraine beschädigten Denkmalkomplex „Saur-Mogila“ im Osten der DVR versammelt.

Unter den Anwesenden waren die Leiter von Ministerien und Behörden der Republik, Abgeordnete des Volkssowjets, Vertreter von Stadt- und Bezirksverwaltungen, gesellschaftliche Aktivisten.

„Der heutige Tag ist für die DVR ein großes Ereignis. Dieser Festtag kam im Jahr 1943 zu uns und wir erwarten ihn immer mit Ungeduld. Ich wünsche, dass der Donbass bald befreit wird, dass wir den Sieg begrüßen werden, auf den alle warten“, sagte der Kulturminister der Republik Michail Sheltjakow im Gespräch mit DAN.

Um das Andenken der Befreier zu ehren kam eine Delegation aus Russland, unter anderem Mitarbeiter von Museen aus Moskau, Astrachan, Surgut und Kursk. Die Teilnahme des Oberhauptes der DVR Alexandr Sachartschenko, von Gästen aus Südossetien und der amerikanischen Pianistin Walentina Lissiza wird erwartet.

Vor Ort tun Mitarbeiter des Innenministeriums und des Zivilschutzministeriums, Ärzte und Soldaten Dienst. Das Blasorchester der Donezker staatlichen akademischen Philharmonie tritt auf.

Zur Erinnerung an die Milizangehörigen, die in den Kämpfen um Saur-Mogila im Sommer 2014 gefallen sind, wurde heute am Fuß des legendären Hügels eine Kapelle eingeweiht. Die Kapelle befindet sich in der Nähe der Gräber der gefallenen Soldaten.

„In diesen Tagen feiern wir den 74. Jahrestag der Befreiung des Donbass von den faschistischen deutschen Besatzern. Vor 74 Jahren haben unsere Großväter und Urgroßväter den Donbass befreit. 2014 haben wir begonnen zu kämpfen. Wir versprechen – wir werden unsere Ehre nicht verlieren, der Sieg wird unser sein. Dies ist unser Land, wir werden es dem Feind nicht überlassen. Heute verbeugen wir uns an diesem heiligen Ort tief vor dem Andenken der gefallenen Verteidiger und der Befreier unseres Landes“, sagte Alexandr Sachartschenko.

Unter einem dreifachen Salut ehrten alle Anwesenden das Andenken der gefallenen Soldaten mit einer Schweigeminute.

Das Republikoberhaupt legte Blumen am Monument für die sowjetischen Befreiungssoldaten nieder und ehrte das Andenken der Soldaten der DVR, die in den Kämpfen 2014 gefallen sind.

Der Verteidigungsminister der DVR Wladimir Kononow wandte sich an die Anwesenden und sagte auch, dass die Einwohner des Donbass sich an die Heldentaten der sowjetischen Soldaten und der Kämpfer der Donezker Volksrepublik erinnern müssen.

Auch die bekannte Pianistin Walentina Lissiza war auf der Festkundgebung zum Tag der Befreiung des Donbass anwesend.

„Dies ist ein großer Tag in der Geschichte unserer Volkes! Wenn nicht unsere heutigen bemerkenswerten Veteranen gewesen wären, die die faschistische Natter erwürgt und sie aus dem Donbass vertrieben haben, könnten wir alle nicht existieren. Jedes Stück dieser heiligen Erde ist durch das Blut der Helden geweiht. Die Verteidiger des Donbass haben bewiesen, dass sie bereit sind, die Heldentaten unserer Veteranen fortzusetzen: als der Faschismus sein Haupt nicht nur in Kiew, sondern auch in Amerika und Europa hob, haben neue Generationen unser Land verteidigt“, sagte sie.

„Dies ist einfach ein heiliger Ort! Ich sehe die Freude und die Hoffnung auf Frieden bei den Menschen, trotz des andauernden Krieges! Dies berührt mich in der Tiefe meines Herzens. An den heutigen Tag werde ich mich mein ganzen Leben lang erinnern!“, sagte sie im Gespräch mit Journalisten.



[http://dnrsovet.su/wp-content/uploads/2017/09/Saur Mogila 08.09.17 11.jpg](http://dnrsovet.su/wp-content/uploads/2017/09/Saur_Mogila_08.09.17_11.jpg)

de.sputniknews.com: Regierung Moldawiens widerspricht Präsident und schickt Soldaten zu Nato-Manöver

Ein moldawisches Militärkontingent mit 57 Soldaten ist zum Nato-Manöver Rapid Trident 2017 in der Ukraine eingetroffen – trotz des ausdrücklichen Verbots dazu durch den Staatspräsidenten und Oberbefehlshaber Igor Dodon. Das hat das Verteidigungsministerium des Landes am Donnerstag mitgeteilt.

Die Nato-Übung wird vom 7. bis zum 23. September im Gebiet Lwiw in der West-Ukraine durchgeführt. Daran sollen Soldaten aus 14 Nato-Ländern teilnehmen.

Dodon hatte zuvor den moldawischen Soldaten die Teilnahme an dem Manöver verboten.

Auch im vergangenen Februar hatte er dem Militär die Teilnahme an den Übungen der Allianz in Rumänien untersagt.

Am Mittwoch bestätigte die moldawische Regierung jedoch die Entsendung von Soldaten zum Manöver. Daraufhin beschloss Dodon, als Oberbefehlshaber der Armee die Entscheidung des Ministerkabinetts auszusetzen.

Er erklärte: „Moldawien ist ein neutraler Staat, und die moldawischen Soldaten müssen nicht an den Militärübungen teilnehmen, die unter der Federführung des einen oder des anderen Militärbündnisses stattfinden. Zugleich werden wir einer Teilnahme der moldawischen Soldaten an den UN-Friedensmanövern nicht im Wege stehen.“

Doch die Regierung blieb trotz des Widerstands des Staatshaupts dabei und verkündete, die moldawischen Soldaten würden dennoch in die Ukraine reisen. Dodon bezeichnete den Schritt als „Macht-Usurpation“.

Nachmittags:

Dnr-online.ru: Das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko kommentierte im Gespräch mit Journalisten während der Kundgebung auf Saur-Mogila die Situation an der Kontaktlinie. „Wir gehen an die Ausrufung des „Schulwaffenstillstands“ mit Ironie heran und glauben nicht daran. Aber in jedem Fall halten wir das Regime der Feindstellung ein. Die ukrainische Seite stellt die Beschüsse nicht ein. Jasinowataja wurde beschossen, einige andere Ortschaften. Am Swetlodarsker Bogen wurde eine Verlagerung von ukrainischer Technik bemerkt. Der Feind verstärkt die Positionen. Die Ukraine benötigt den Waffenstillstand, um sich darauf vorzubereiten, den Krieg wieder zu entfachen“, sagte Alexandr Sachartschenko.

de.sputniknews.com: **Poroschenko: Ukraine droht Verlust der Staatlichkeit**

Die Ukraine kann dem Präsidenten des Landes Petro Poroschenko zufolge die Staatlichkeit verlieren, wenn Kiew keine weiteren Reformen durchführt.

„Das ist aber ein pessimistisches Szenario, ich glaube nicht daran und werde es nicht zulassen“, sagte Poroschenko am Donnerstag. Ihm zufolge muss der Anti-Korruptionskampf wieder aufgenommen werden.

Poroschenko erinnerte daran, dass 2019 die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in der Ukraine stattfinden werden. Die Regierung habe daher nur noch ein Jahr, um aktiv an den Reformen zu arbeiten.

Der Co-Vorsitzende des Oppositionsblocks, Jurij Bojko, ist seinerseits der Meinung, dass die von der Regierung in Kiew initiierten Reformen im Bereich der Ausbildung, Medizin und Alterssicherung die endgültige Verarmung der Bürger nach sich ziehen würden.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31581/61/315816172.jpg>

ukrinform.ua: Rede zu Lage des Landes: Poroschenko schließt Referendum zum Beitritt zur EU und Nato nicht aus

Der Präsident der Ukraine Petro Poroschenko hat eine Volksabstimmung über einen Beitritt des Landes zur Europäischen Union und Nato nicht ausgeschlossen

In seiner jährlichen Rede zur Lage des Landes vor dem Parlament sagte der Staatschef:

„Umfragen zeigen, dass die meisten Ukrainer den Beitritt zur Europäischen Union und Nato unterstützen. Ich schließe nicht aus, dass ich zur richtigen Zeit ein entsprechendes Referendum initiieren werde, um den Willen des ukrainischen Volkes zu zeigen.“

Armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

Das weitere Treffen im Minsker Format hat sich in keiner Weise auf den Charakter der Handlungen der ukrainischen Strafruppen ausgewirkt. Trotz aller zuvor erreichten Vereinbarungen beschießt der Gegner weiter das Territorium der Republik.

In den letzten 24 Stunden wurden **18 Verletzungen der Regimes der Feueinstellung** von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte aus festgestellt.

In Richtung Donezk hat der Gegner Mörser, Schützenpanzer, Schützenpanzerwagen und Schusswaffen verwendet. Auf die Gebiete von **sieben Ortschaften** wurden 17 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm und 120mm abgeschossen.

In Richtung Mariupol hat der Gegner drei Mörsergeschosse des Kalibers 82mm auf die Umgebung von **Oktjabrj** abgeschossen.

In Richtung Gorlowka wurde **Sajzewo** mit Schützenpanzern und Schusswaffen beschossen. Ich bitte die Vertreter der OSZE-Mission, die Aufmerksamkeit darauf zu richten, dass aufgrund eines **hinterhältigen Scharfschützenangriffs** auf unsere Positionen **zwei Soldaten der Streitkräfte der DVR bei der Verteidigung der Republik starben**. Dies ist zielgerichteter Mord. Soweit uns bekannt ist, muss das Kommando der „ATO“ gemäß zuvor veröffentlichten Dokumenten über die Heranziehung seiner Soldaten zur strafrechtlicher Verantwortung im Fall von Verletzungen des Regimes der Feueinstellung dazu Strafverfahren einleiten. Und in diesem Fall ist dies vorsätzlicher Mord, der von einer Gruppe von Personen unter Leitung eines Kommandeurs einer Einheit begangen wurde. Aber an die Aufnahme eines Strafverfahrens durch die ukrainische Justiz kann man nur

schwer glauben.

Auf dem von Kiew kontrollierten Territorium hören die Repressionen in Bezug auf friedliche Bürger nicht auf.

Nach Informationen, die von Einwohnern von Krasnogorowka eingegangen sind, haben in der Stadt Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes der Ukraine **unbegründete Festnahmen von völlig unschuldigen Bürgern** durchgeführt. Im Ergebnis einer sogenannten „Spezialoperation“ wurden zwanzig Menschen festgenommen, die keine Dokumente bei sich hatten, die ihre Identität bestätigten. Eine solche Willkür ist ein unabdingbares Attribut ukrainischer Soldaten auf den kontrollierten Territorien. Diese Ausschreitungen gegen die eigene Bevölkerung befördert nicht die Festigung des Vertrauens gegenüber dem totalitären Regime Poroschenko. Und es kann zur Ursache eines Anwachsens der Unzufriedenheit der Einwohner der von den ukrainischen Streitkräften besetzten Territorien gegenüber der kriminellen Regierung der Ukraine werden.

Nach uns vorliegenden Informationen ist nordöstlich von Talakowka am Abend des 6. September 2017 ein **Gefecht zwischen Personal des 59. Panzergrenadierbataillons und Kämpfern des „Rechten Sektors“** erfolgt. Nach einem vierstündigen Kampf wurde auf den Positionen einer Einheit der ukrainischen Streitkräfte die ukrainische Flagge abgenommen und eine Flagge des „Rechten Sektors“ gehisst, im Verlauf des Gefechts betrug die Verluste auf beiden Seite 3 Tote und 5 Verletzte.

Dies zeigt ein weiteres Mal, dass den überdrehten Fanatikern aus den nationalistischen Bataillonen völlig gleichgültig ist, gegen wen und wofür sie kämpfen. Sie wissen sehr gut, dass ihre Existenz nur im Krieg gegen die eigene Bevölkerung zum Nutzen der Launen der ausländischen Herren möglich ist. So war es immer mit den ukrainischen radikalen Nationalisten, als es nötig war, sind sie hinterlistig dem eigenen Land, das gegen eine äußere Aggression von Faschisten Widerstand leistete, in den Rücken gefallen.

Im übrigen, statt das Bandera-Gesindel an seinen Platz zu verweisen, hat das Kommando der „ATO“, wie es inzwischen Tradition ist, den Kampf mit den Nationalisten als Beschuss von unserer Seite ausgegeben.

de.sputniknews.com: Putin: Statt Krieg werden Vernunft und Verantwortungsgefühl im Korea-Konflikt siegen

Russlands Präsident Wladimir Putin ist zuversichtlich, dass es auf der koreanischen Halbinsel nicht zu einem großen militärischen Konflikt kommt. Das hat er am Donnerstag in Wladiwostok erklärt. Er setzt auf eine diplomatische Lösung.

„Ich bin überzeugt, dass es zu keinem großangelegten Konflikt kommt, besonders mit dem Einsatz von Massenvernichtungswaffen“, sagte Putin am Donnerstag bei der Diskussionsveranstaltung des 3. Östlichen Wirtschaftsforums in Wladiwostok. „Alle Konfliktparteien werden genug Vernunft und Verständnis für ihre Verantwortung vor Menschen aufzeigen und wir werden dieses Problem auf dem diplomatischen Wege lösen können.“

Der russische Staatschef erinnerte daran, dass sich 2005 praktisch alle Länder auf den Umgang mit dem Atomprogramm von Nordkorea einigen konnten. „Es wurden Vereinbarungen erzielt, denen zufolge Nordkorea gewisse Verpflichtungen zur Einstellung des Raketen- und Atomprogramms übernahm, während alle anderen Teilnehmer des Prozesses diesem beizutragen versprochen.“

Putin fügte hinzu: „Dann verlangte allerdings jemand von Nordkorea das, was es nicht versprochen hatte.“ Genau deswegen habe sich die Situation auf das aktuelle Niveau zugespitzt.

de.sputniknews.com: Blauhelme im Donbass: Was hätte Russland davon?

Russlands Präsident Wladimir Putin hat vorgeschlagen, Friedenstruppen der Vereinten Nationen in die Ostukraine zu entsenden. Die russische Zeitung „Moskowskij Komsomolez“ hat mit Analysten über Sinn und Zweck dieser Initiative für Russland gesprochen.

Kiew erklärte mehrmals: Würden UN-Friedenstruppen an der Kontaktlinie in der Ostukraine stationiert, würden die Gebiete Donezk und Luhansk faktisch zu russischem Gebiet. Nur scheint die Ukraine sich um ihre territoriale Integrität selbst wenig zu sorgen, wie die Zeitung schreibt, bedenkt man doch die ständigen Blockaden der Donbass-Gebiete und die häufigen Aufrufe zum Lynchmord an den Ostukrainern.

Moskaus Initiative sei da eher ein Versuch, einen Weg zu finden, das Blutvergießen in der Ostukraine zu stoppen, statt seinen Nachbarstaat aufzuteilen, so das Blatt. Wie wahrscheinlich aber ist es, dass dieser Vorstoß Erfolg hat?

Dies hängt nunmehr davon ab, ob „Kiew endlich den politischen Teil des Minsker Abkommens erfüllt“, sagt der Friedens- und Konfliktforscher Denis Denissow. Das Abkommen sieht vor, dass die Gebiete Donezk und Lugansk einen Sonderstatus innerhalb der Ukraine erhalten – noch im Herbst 2015 hätte Kiew das entsprechende Gesetz verabschieden müssen.

Stattdessen versuchten die Machthaber in der ukrainischen Hauptstadt, „ein Gesetz über ‚okkupierte Gebiete‘ auf den Weg zu bringen. Dieses Papier würde die Menschen im Donbass praktisch entrechten und die Verantwortung für deren Schicksal Russland auferlegen“, erklärt der Experte.

„Wenn Kiew jetzt seine Truppen von der Kontaktlinie abzöge, Donezk und Lugansk einen Sonderstatus verleihe und dann Friedenstruppen in die Region kämen – wäre das etwa keine Erfüllung des Minsker Abkommens?“, sagt der Friedensforscher. „Dabei würden die Blauhelme verhindern, dass der Verhandlungsprozess wieder in einen Krieg abrutscht.“ Doch bemerkt der Experte: „Eine Stationierung der UN-Friedenstruppen wäre nur mit Washingtons Zustimmung möglich.“

Wegbereiter für die Umsetzung des Minsker Abkommens

Indes sieht der Politologe Oleg Bondarenko die Blauhelme als Wegbereiter für die Umsetzung des Minsker Abkommens. Mit der Stationierung der Friedenstruppen würden jedenfalls die Truppen im Donbass entflechtet. „Der Konflikt wird auf diese Weise gestoppt“, sagt er, „danach wird man über eine Amnestie, über Wahlen usw. verhandeln müssen. Das wird der Anfang einer aktiven Umsetzung des Minsker Abkommens. Endgültig erfüllt sein wird diese Vereinbarung erst, wenn die Ukraine in der Tat zu einer Föderation geworden ist.“

Was aber halten ukrainische Fachleute von der Initiative Moskaus? Der Diplomat Andrej Busarow, Mitglied des Gesellschaftsausschusses beim ukrainischen Außenministerium, sagt: Die Stationierung von Blauhelmen an der Kontaktlinie könne vom Grundsatz her nicht umgesetzt werden. „Moskaus Vorschlag setzt voraus, dass Kiew mit den Vertretern der Volksrepubliken Donezk und Lugansk in direkten Kontakt kommt. Das würde bedeuten, das ukrainische Establishment erkennt die selbsternannten Volksrepubliken als Rechtssubjekte an“, gibt der Experte zu bedenken.

Und was den Sonderstatus von Donezk und Lugansk angeht, sagt der ukrainische Diplomat „Die Mehrheit der Rada-Abgeordneten wie auch der ukrainischen Gesellschaft insgesamt lässt sich drauf niemals ein – auch wenn der Sonderstatus im Minsker Abkommen ausdrücklich festgeschrieben ist.“ Der Einsatz von Blauhelmen sei in der Vereinbarung indes gar nicht vorgesehen: „Also muss man andere Abkommen aushandeln oder andere Wege finden“, sagt Busarow.

Derweil wolle Poroschenko bald seine eigene Resolution für eine Friedensmission im Donbass in der UN-Generalversammlung vorlegen. „Ich glaube jedoch nicht, dass der Sicherheitsrat einen dieser Entwürfe mittragen wird. Zwar könnte China Moskaus Initiative unterstützen, doch wären Frankreich, Deutschland, Großbritannien und die USA mit Sicherheit dagegen. Sie werden höchstwahrscheinlich Kiew unterstützen, aber dann legt

Russland sein Veto ein, mit Pekings Unterstützung.“ Eine Einigung sei weder jetzt noch in absehbarer Zukunft möglich, sagt der ukrainische Experte.

Russlands Sonderbeauftragter im Minsker Prozess, Boris Gryslow, hat indes erklärt, die selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk teilen die russische Sicht auf den Einsatz von Blauhelmen in der Ostukraine. Er betonte: Kiew solle Donezk und Lugansk einen Sonderstatus verleihen, wie das Minsker Abkommen dies vorsehe. Außerdem müsse Kiew seine Truppen von der Frontlinie abziehen.

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR

Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

In den letzten 24 Stunden ist ein **Vorrücken von Diversions- und Erkundungsgruppen** des Gegners zu je fünf bis acht Mann aus den Gebieten von Popasnaja, Nowotschkowskoje, Krymskoje und Staniza Luganskaja heraus festzustellen.

Der Gegner hat in der Nacht versucht, sich den Einheiten der Volksmiliz der LVR zu nähern, eröffnet das Feuer mit Schusswaffen, danach kehrt er auf seine Positionen zurück.

Wir sind wie zuvor auf eine friedliche Lösung des Konflikts im Donbass ausgerichtet. Unsere Einheiten halten das „Regime der Ruhe“ ein, aber wir verlieren dabei nicht die Wachsamkeit. Im Fall eines Versuchs der ukrainischen Streitkräfte die Kontaktlinie zu verletzen oder bei einer unmittelbaren Gefahr für das Leben unserer Soldaten werden die Einheiten der Volksmiliz der LVR gezwungen sein, das Feuer mit von den Minsker Vereinbarungen erlaubten Waffen zur Eindämmung des Gegners zu eröffnen.

Der stellvertretende Minister für Fragen der zeitweilig besetzten Gebiete und interne Flüchtlinge der Ukraine Jurij Grymstschak hat in einer Sendung des Programms „Eure Freiheit“ am 5. September erklärt, dass die ukrainischen Streitkräfte angeblich die Territorien der LVR und der DVR im Verlauf von einer bis anderthalb Wochen „befreien“ können.

In der letzten Zeit macht nur ein Faulpelz auf dem Territorium der Ukraine keine Prognosen bezüglich der militärischen Operation im Donbass.

Ich möchte die ukrainischen Politiker vor lauten Erklärungen warnen, weil die Weltöffentlichkeit die Aktivitäten, die die Ukraine im Osten ihres Landes durchführt, bereits nicht mehr so freundlich kommentiert und zu einer friedlichen Regelung des Konflikts aufruft.

Aber im Fall einer militärischen Entwicklung der Ereignisse wird die Volksmiliz der LVR nicht zulassen, dass der Aggressor die Bürger der LVR ungestraft tötet.

Der Leiter der OSZE-Mission Apakan hat erklärt, dass die OSZE-Mission im ersten Halbjahr 2017 mit etwa 480 Fällen von Einschränkung und Behinderung zu tun hatte, wovon 75% „auf den nicht von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebieten“ erfolgten.

Ich finde es sehr absonderlich, solche Erklärungen von einem hochrangigen Beamten der OSZE-Mission zu hören. Es entsteht der Eindruck, dass er bei der Vorbereitung seiner Erklärung höchst oberflächlich die täglichen Berichte seiner Kollegen gelesen hat.

Bezüglich der LVR stellt die Beobachtermission täglich eine Beschränkung „aufgrund möglichem Vorhandensein von Minen und nicht detonierter Munition“ fest, dabei ist dies in einem Abschnitt, bei dem uns gemäß der Rahmenvereinbarungen kategorisch verboten ist, ihn zu betreten, es ist die Abzugszone Nr. 2 „Perwomajsk – Solotoje“.

Auf der ukrainischen Seite werden täglich drei Beschränkungen festgestellt: Staniza Luganskaja, die Brücke bei Stschastje und Solotoje. Diese Information ist auf der offiziellen Seite der OSZE offen zugänglich.

Ausgehend von dem oben gesagten sieht die Erklärung von Ertugrul Apakan voreingenommen aus und bringt nicht das wahre Bild zum Ausdruck.

de.sputniknews.com: Trennwand in beschlagnahmtem Konsulat: USA schirmen verbleibende Russen ab

Die US-Geheimdienste hatten am Samstag trotz Moskauer Proteste das russische Generalkonsulat in San Francisco sowie die Handelsvertretungen in Washington und New York durchsucht.

Nach dem Auftauchen eines entsprechenden Videos im Internet hat das US-Außenministerium offiziell zugegeben, dass im beschlagnahmten russischen Generalkonsulat in San Francisco Umbauarbeiten stattfinden.

Das russische Außenamt hatte am Mittwoch mitgeteilt, dass auf dem Dach und in den Innenräumen der nunmehr unter US-Kontrolle stehenden Einrichtung „unbekannte Arbeiten“ durchgeführt würden. Als Beweis veröffentlichte das Ministerium ein Video.

Im Gebäude seien Bauarbeiter im Einsatz, bestätigte ein Sprecher des US-State Department am Mittwoch (Ortszeit). Diese würden Trennwände errichten, um die russischen Diplomaten und deren Angehörige, die im Wohnbereich des Konsulats leben, von den Büroräumen abzuschirmen.

„Wir haben den Russen, die in den Wohnungen des Konsulats leben, erlaubt, bis zum 1. Oktober zu bleiben“, so der Sprecher. „Deshalb müssen wir den Zugang zu den unbewohnten Teilen des Gebäudes physisch abgrenzen.“...

Dan-news.info: Lehrer aus Mariupol haben mit der Ausarbeitung von Fernunterricht für Schüler der DVR im Geist der linguistischen Nationalismus begonnen. Dies teilte heute der Pressedienst des Bildungs- und Wissenschaftsministeriums der DVR mit.

„Ukraine Massenmedien verbreiten die Informationen, dass für Schüler der Klassen 9-11 der allgemeinbildenden Schulen der DVR Online-Fernkurse zum Studium der ukrainischen Sprache und Literatur, Geschichte und Geographie der Ukraine erarbeitet wurden. Mit der Ausarbeitung der Kurse befassen sich Lehrer aus Mariupol“, teilte der Pressedienst mit. Es wurde unterstrichen, dass die ausgearbeiteten Kurse tatsächlich nicht auf die Erhöhung des Bildungsniveaus der Kinder der Republik gerichtet sind, sondern ausschließlich auf Propaganda für die ukrainische nationalistische Weltanschauung.

„Das Bildungs- und Wissenschaftsministerium der DVR wendet sich an alle Schüler, Eltern und Pädagogen der Republik mit der Bitte, solche „Initiativen“ richtig einzuschätzen, weil dieser Schritt nichts anderes ist, als eine verschleierte Erscheinung der Politik des Nationalismus, in diesem konkreten Fall des linguistischen. Seien Sie wachsam und lassen Sie nicht zu, dass die Vermittlung von Wissen an Ihre Kinder durch Ideologie ersetzt wird“, unterstrich das Ministerium.

Der Pressedienst des Ministeriums fügte hinzu, dass ein weiteres Beispiel für die totale Ukrainisierung auf den von Kiew kontrollierten Territorien die Bildungsreform ist, die auf das Herausdrängen der russischen Sprache aus dem Lehrplan gerichtet ist. Im Rahmen der Verwirklichung dieser Reform werden die Kinder in den ukrainischen Schulen die russische Sprache nur in den unteren und mittleren Klassen lernen, der Unterricht in den Hochschulen wird ebenfalls in ukrainischer Sprache erfolgen.

„Im Unterschied zur Ukraine gibt es in der DVR zwei Staatssprachen und das Studium des Ukrainischen wird nicht abgeschafft“, fasste das Bildungsministerium zusammen.

de.sputniknews.com: **So will Poroschenko die Krim zurückkriegen**

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hält eine gewaltsame Rückgewinnung der Krim für unrealistisch, hofft jedoch, dass internationale Bedingungen geschaffen werden, unter denen die Krim „zu einer untragbaren Last“ für Russland wird.

„Ob wir die Krim gewaltsam zurückerobern können? Ist das realistisch oder nicht? Nein“. Ob Russland selbst diese Region verlässt? Nein“, sagte Poroschenko in seiner Jahresbotschaft an

die Werchowna Rada (ukrainisches Parlament) am Donnerstag.

„Aber wir können Bedingungen schaffen, unter denen die Krim zu einer untragbaren Last für Moskau wird. Und wir tun alles dafür und nehmen zu diesem Zweck internationale Gerichte, die Uno und die UNESCO in Anspruch“, betonte der ukrainische Präsident....

Dnr-news.com: Axjonow kommentierte die Idee Kiews, die Grenzübergänge zur Krim zu reduzieren

Kiews Wunsch, die Zahl der Grenzübergangspunkte zwischen der Ukraine und der Krim zu reduzieren wird von dem Wunsch hervorgerufen, die Kanäle zum Erhalt objektiver Informationen über die Entwicklung auf der russischen Krim zu blockieren, meint das Oberhaupt der Republik Sergej Axjonow.

„Das Motiv für die Handlungen Kiews ist ganz eindeutig Angst. Sie fürchten sich panisch vor der Wahrheit. Deshalb versuchen sie, das Volk von allen objektiven Informationsquellen abzuschneiden, und letztlich von der objektiven Realität. Die Menschen, die zu uns kommen und die Situation mit eigenen Augen sehen, hören auf, der Propaganda Glauben zu schenken und beginnen, den Machthabern unangenehme Fragen zu stellen“, schrieb Axjonow auf seiner Facebook-Seite.

Das Oberhaupt der Krim wies darauf hin, dass eine Verringerung der Anzahl der Kontrollpunkte zu einer Verlängerung der Wartezeiten an der Grenze führen wird.

„ Das heißt, dass die Regierung des Nachbarstaates den Besuch der Krim für seine Bürger noch weiter erschweren will. Wir unsererseits haben nicht vor, die Möglichkeiten der Bürger der Ukraine zum Besuch der Halbinsel zu begrenzen. Wenn die Menschen mit guten Absichten kommen – dann herzlich willkommen“, schrieb Axjonow.



http://dnr-news.com/uploads/posts/2017-09/thumbs/1504789162_1496549758.jpg

ukrinform.ua: Präsident Poroschenko erwartet 2020 BIP-Wachstum von 4 Prozent
Der Präsident der Ukraine Petro Poroschenko erwartet für dieses Jahr ein Wirtschaftswachstum im Land in Höhe von 1,8 Prozent. Bis 2020 rechnet er mit einem Wachstum von 4 Prozent.

Das sagte der Staatschef in seiner Rede zur Lage des Landes vor dem Parlament am Donnerstag, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform. Die ukrainische Wirtschaft wächst schon das sechste Quartal in Folge, nachdem sie zuvor 14 Quartale in Folge gesunken war,

betonte Poroschenko.

Laut dem Präsident trugen Antikrisenmaßnahmen, Finanzstabilisierung, Steuererleichterungen, Deregulierung, neue Außenmärkte sowie andere Maßnahmen zum Wirtschaftswachstum bei. Poroschenko erinnerte auch daran, dass die Ratingagentur Moody's Investors Service vorige Woche die Kreditwürdigkeit der Ukraine erhöhte

de.sputniknews.com: Russische Züge fahren bald unter Umgehung der Ukraine
Die Russischen Eisenbahnen AG (RZD) planen, bereits im Oktober Züge entlang der neuen Strecke unter Umgehung der Ukraine fahren zu lassen. Das hat der Präsident des Unternehmens, Oleg Beloserow, am Donnerstag am Rande des 3. Östlichen Wirtschaftsforums in Wladiwostok gesagt.

Im August gab die RZD die Fertigstellung der Bahnstrecke bekannt. „Es steht fest, dass sie (die Strecke – Anm. D. Red.) in den kommenden eineinhalb Monaten für den Zugverkehr eröffnet wird“, äußerte Beloserow.

Ihm zufolge werden zunächst Güterzüge den neuen Eisenbahnweg erproben. Nach Erstellung eines Fahrplanes würden auch Personenzüge fahren.

Die Entscheidung zum Bau einer Eisenbahn-Verbindung für russische Züge abseits der Ukraine wurde im Jahr 2015 getroffen. Im November letzten Jahres hatte der russische Vizeverteidigungsminister Dmitri Bulgakow betont, dass die Arbeiten zum Bau der Umleitung früher als geplant beendet würden

Dan-news.info: Schüler und Mitarbeiter der frontnahen Schule Nr. 63 in Donezk ehrten das Andenken der Verteidiger des Donbass zur Zeit des Großen Vaterländischen Krieges und die Opfer der ukrainischen Aggression in unseren Tagen. Die Veranstaltung fand auf dem Schulgelände statt, etwa 300 Menschen nahmen teil.

Die Gedenkversammlung begann mit einer Kundgebung. Unter den Teilnehmern waren Parlamentarier, Lehrer, Schüler und Soldaten.

„Wenn sie das Andenken der Befreier des Donbass ehren, müssen wir bereit sein, dem wieder ans Licht gekommenen Bösen zu widerstehen. Den Ruhm unserer Großväter und Urgroßväter zu bewahren, ihn zu vermehren und einen Schlusspunkt unter den Krieg im Donbass zu setzen – das ist unser wichtigstes Ziel“, sagte der Abgeordnete Konstantin Kusmin.

Die Teilnehmer der Veranstaltung erinnerten an die tragischen Ereignisse des Jahres 2014, als Schüler unter dem Feuer der ukrainischen Streitkräfte starben. Opfer der ukrainischen Aggression wurden zwei Jugendliche, weitere fünf wurden verletzt. Das Gebäude der Schule wurde erheblich beschädigt.

„Unsere Schule hat unter den Beschüssen gelitten. Neben ihr sind fünf Geschosse detoniert. Wände wurden durchschlagen, fast 50 Fenster herausgeschlagen. Jetzt arbeiten in der Schule Bauleute“, berichtet die Direktorin Ljudimila Dmitruk. „In der Schule wurde ein Museum geschaffen, in dem Materialien über den Großen Vaterländischen Krieg und die Ereignisse der heutigen Tage gesammelt sind“.

Später begann in der Schule die einheitliche Unterrichtsstunde „Wir erinnern uns“, in deren Rahmen die Kinder über die Taten ihrer heldenhaften Vorfahren sprachen. Jede Klasse hatte ihr Programm. Zum Beispiel malten die Schüler der Klasse 2a jeder eine Blume aus und legten sie an die Gedenktafel für die Helden der Sowjetunion, die den Donbass befreit haben



https://dan-news.info/wp-content/uploads/2017/09/dan-news.info-2017-09-07_11-55-07_602653-----18-1024x685.jpg



https://dan-news.info/wp-content/uploads/2017/09/dan-news.info-2017-09-07_11-54-53_468209-----10-1024x685.jpg

abends:

de.sputniknews.com: General-Treffen: Russland und Nato vereinbaren Kommunikationskanäle

Der Vorsitzende des Nato-Militärausschusses, General Petr Pavel, und Russlands Generalstabschef Valeri Gerassimow haben sich bei einem Treffen in Baku verabredet, die Kontakte über die militärische Linie zu pflegen, wie aus einer offiziellen Erklärung der Allianz hervorgeht.

„Das persönliche Treffen demonstriert ein klares gegenseitiges Interesse dafür, die militärischen Linien der Kommunikation im Einklang mit der Transparenzpolitik der Nato und der Fortsetzung eines Dialogs auf der politischen Ebene mit der russischen Verwaltung beizubehalten“, heißt es in der Mitteilung.

Zudem wird mitgeteilt, dass sich Pavel und Gerassimov verabredet hätten, die militärischen Kommunikationskanäle in Zukunft weiter zu nutzen.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31735/21/317352157.jpg>

ukrinform.ua: Poroschenko dankte den Aufklärern: Von Ihren Erfahrungen lernen alle Aufklärer der Welt

Heutzutage lernen die Militäraufklärer anderer Staaten von der Erfahrung der ukrainischen Aufklärer, die sich auf einer qualitativ neuen Ebene befindet.

Dies erklärte der Präsident der Ukraine Petro Poroschenko anlässlich der Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag der Militäraufklärung der Ukraine

„Eben Ihre Erfahrungen werden heute von den Militäraufklärern der ganzen Welt studiert. Es sind positive Erfahrungen, siegreiche Erfahrungen. Die erlangten Dokumente, die erarbeiteten und vorgestellten informativ-analytischen Materialien und andere spezielle Maßnahmen zeugen deutlich davon, dass der Übergang zu einer neuen qualitativen Ebene der Aktivitäten der Militäraufklärung in der Ukraine vollzogen wurde“, sagte der Präsident.

Er unterstrich, dass gerade die gegenwärtige Generation der Aufklärer notwendigerweise die etablierten Stereotypen verändern und die Aktivitäten der Militäraufklärung an die

Bedingungen des Hybridkrieges gegen die Ukraine seitens Russlands anpassen musste. Die GUR nutzt effektiv moderne technische Mittel der Aufklärung, bildet neue Einheiten, die vollkommen alle modernen Formen der technischen Aufklärung beherrschen und ihre Fähigkeiten weiterentwickeln, stellte Poroschenko fest.

Einen besonderen Dank drückte er den Militäraufklärern für ihre Teilnahme an der ATO („Anti-Terror-Operation“, Krieg gegen die Bewohner des Donbass – Anm. d. Übers.) aus. „ In der schwierigsten Zeit, in der Anfangsetappe der Durchführung der ATO auf dem Territorium der Oblaste Donezk und Lugansk haben die Einheiten der Aufklärung die verantwortungsvollsten und gefährlichsten Aufgaben erfüllt“, sagte der Präsident.

„Dank ihrer Tätigkeit und Selbstaufopferung wurden Hunderte von Menschenleben und Militärtechnik gerettet. Die Militäraufklärer haben das Spektrum ihrer Arbeit erheblich erweitert, was es ermöglichte, vollständige Daten zu den Gruppierungen der russischen Besatzungstruppen zu erhalten. Es ist wichtig, unwiderlegbare Beweise für die militärische Präsenz der russischen Streitkräfte auf dem besetzten Territorium der Ukraine zu erhalten“, betonte der Oberbefehlshaber.